



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. im Rat der Stadt Köln

An den
Vorsitzenden des
Rates

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 29.06.2010

AN/1298/2010

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	13.07.2010

Erhalt der Wahlfreiheit bei der Schulauswahl an Kölner Schulen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion pro Köln bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 13. Juli 2010 zu setzen:

Der Rat der Stadt Köln möge folgende Resolution beschließen: Die Kölner Ratsmitglieder fordern von der zukünftigen Landesregierung, dass die Wahlfreiheit der Eltern, auf welche Grundschule sie ihre Kinder schicken, erhalten bleibt. Der Rat der Stadt Köln weist die zukünftige Landesregierung darauf hin, dass aufgrund von dramatischen Segregationsprozessen in Köln das zwanghafte Einschulen in problematischen Stadtteilen viele einheimische sozial stabile und stabilisierende Familien zum Wegzug aus ihrem angestammten Stadtviertel veranlassen und so den Prozess der Verfestigung von Parallelgesellschaften in ganzen Stadtteilen beschleunigen würde.

Zur Begründung: Zum Grundrecht der elterlichen Sorge gehört auch das Aufenthaltsbestimmungsrecht. Es darf von der etablierten Politik nicht länger verschwiegen werden, dass es in Köln Stadtteile gibt, die in einigen Straßenzügen ausgeprägte Verwahrlosungserscheinungen zeigen. Es muss verantwortungsvollen Eltern zugestanden werden, ihre Kinder auf die Schule zu schicken, von der sie meinen, dass vom sozialen Klima her gesehen dort die beste Bildungschance für ihr Kind gegeben ist.

Es kann nicht sein, dass man als Familie erst den Stadtteil wechseln muss, um das eigene Kind vor gescheiterten Multi-Kulti-Experimenten zu bewahren. Heutzutage sollte doch jedem normal denkenden Menschen – also auch Politikern – klar sein, dass die linken Lebenslügen, die eine ethnische und sprachliche Vielfalt unter den Schülern propagieren, maßgeblich an der vorherrschenden Bildungsmisere schuld sind. Wir müssen alles dafür tun, dass die SPD-Grünen nicht

in Zukunft zum Schaden der einheimischen Kinder wieder ihre gescheiterten Schulprojekte vom pädagogischen Müllhaufen zurückholen.

Gez. Uckermann

Gez. Wolter